

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

113 (18.5.1931)

Zusammenprall in Genf

Vorspiel zum Kampf über die Zollunion

Genf, 16. Mai. Die Samstagssitzung des Europa-Ausschusses brachte einen scharfen Zusammenstoß zwischen Curtius und Briand in der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion, wobei hervortrat, daß Frankreich in dieser Frage keinen scharf ablehnenden Standpunkt beibehalten will.

Briand als Vorsitzender des Ausschusses begrüßte zunächst die zu der Sitzung erschienenen europäischen Nichtmittelländer des Völkerbundes, nämlich die Vertreter von Sowjetrußland, der Türkei und Island, sowie die Vertreter der gestern eingeladenen Freien Stadt Danzig und sprach die Überzeugung aus, daß alle hier vertretenen Staaten aufrichtig und loyal zusammenarbeiten werden, um eine bessere Zukunft Europas zu schaffen.

Briand eröffnete sodann die allgemeine Aussprache über Wirtschaftsfragen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

Es wird immer notwendig sein, sich über die Hauptursachen der Krise, insbesondere in ihren europäischen Erscheinungsformen, klar zu werden, insbesondere über die Reproduktion an Lebensmitteln und Rohstoffen, den Rückgang der Konsumkraft, die Steigerung der Kaufkraft des Goldes und die Störung der Kapital- und Geldmärkte sowie vor allem den Zerfall Europas in eine Anzahl von kleinen Wirtschaftsgebieten. Kein Land ist gleichseitig so an der Sanierung des gesamten europäischen Körpers beteiligt wie Deutschland, das in der Mitte des Kontinents von allen Strömungen Europas durchzogen ist und von allen Strömungen am leichtesten betroffen wird. Wir lassen unsere letzte Kraft im Innern zusammen, um uns soweit wie möglich selbst zu sanieren. Es kommt mir im Augenblick nicht darauf an, über den

deutsch-österreichischen Plan einer Zollunion

zwischen diesen beiden Ländern speziell zu sprechen. Ich möchte Betrachtungen darüber anregen, ob und in welchem Maße der Gedanke von Zollunionen zwischen einzelnen Ländern oder Gruppen von einzelnen Ländern geeignet ist, den unhaltbaren Wirtschaftsverhältnissen in Europa abzuhelfen. Aus dieser Erwägung heraus ist der Antrag der deutschen Regierung hervorgegangen, hier einmal die gegenwärtige Lage Europas, wie sie durch die bestehenden Zollverhältnisse und durch den Mißerfolg der bisherigen Arbeiten auf diesem Gebiete entstanden ist, zu prüfen. Dr. Curtius legte

die unerschwerlichen Zollverhältnisse in Europa

anhand beweiskräftigen Tatsachenmaterials dar und ging sodann ausführlich auf den geringen Erfolg der bisherigen, unter den Auspizien des Völkerbundes veranstalteten Wirtschaftskonferenzen ein. Er betonte, daß gerade in der Frage des internationalen Güterverkehrs und hauptsächlich bei Zollfragen die mehrseitigen Verhandlungen immer wieder gescheitert sind. Deshalb sei es notwendig, daß unter den heutigen Verhältnissen die Methode des Aufbaus von unten her

durch regionale Verständigung

durch zweifelhafte Verhandlungen beginne. Diese zweite Methode, die natürlich von vornherein die Tendenz für Verallgemeinerung in sich tragen müsse, führe zweifellos zur Zollunion. Der Gedanke regionaler Verständigung und der Plan der Zollunion habe in den letzten Jahren wachsende Bedeutung erlangt. Dr. Curtius verwies auf die Bemühungen Australiens und Letlands, Jugoslawiens und Rumaniens. Auch auf dem Gebiete der früheren Donaumonarchie sei immer wieder davon die Rede gewesen, und nicht die Einkaufspreise arbeiteten seit Jahr und Tag an dem großen Plan, zwischen Deutschland und Frankreich eine Zollunion mit der Tendenz weiterer Ausdehnung zu schaffen. Dr. Curtius erklärte sich bei dieser Gelegenheit

bereit, mit jedem Lande, sei es groß oder klein, gleichfalls in einen Gedankenanstausch über die Möglichkeit der Einführung einer Zollunion einzutreten

und machte dabei keinen Unterschied in der Richtung, ob Verhandlungen zu zweien oder von vornherein Verhandlungen einer regionalen Gruppe in Betracht kommen würden. Er sprach schließlich die dringende Bitte aus, diese Aufforderung ernst zu prüfen. Er betonte außerdem, daß er bereit wäre, an allen Vorschlägen und Anregungen mitzuarbeiten, die zur Wiedergewinnung Deutschlands und Europas beizutragen geeignet wären.

Briand

Ich habe mit großer Aufmerksamkeit die Rede von Dr. Curtius angehört und darin viele treffende Bemerkungen gefunden, denen ich mich vollkommen anschließe. Dr. Curtius habe eine Methode dargelegt, um aus der gegenwärtigen Notlage herauszukommen. Nach seiner, Briands, Auffassung sei

die Zollfrage nicht die Ursache, sondern vielmehr eine der Wirkungen

der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Wenn man zunächst einzelne Funktionen anstrebe, die Dr. Curtius befürworte, so könne man das nur tun, wenn man bereits die Hoffnung auf eine allgemeine Einigung aufgegeben habe. Aber, sollen wir diese Hoffnung aufgeben, ehe wir den Versuch einer Einigung gemacht haben? Kann man denn sagen, daß dieser Versuch bereits gemacht worden ist? Vielleicht ist das bisherige Ziel zu weit und zu hoch gesetzt gewesen. Briand erinnerte daran, daß Frankreich seinen

Widerstand gegen das deutsch-österreichische Zollprojekt bereits deutlich zu erkennen gegeben habe, und erklärte, daß er seine Haltung nicht ändern werde. Briand schloß: In diesem Punkte kann ich zu meinen Bedauern

mit Dr. Curtius nicht einverstanden

sein. Ich bin bereit, alle Systeme zuzulassen, aber diejenigen, die durch die Verträge und die internationalen Abkommen nicht erlaubt sind, wird man besser nicht vorschlagen.

Dr. Curtius erwiderte sofort, daß er in seiner heutigen Rede die deutsch-österreichische Zollunion nur erwähnt habe, um zu sagen, daß er von ihr in diesem Rahmen nicht sprechen wolle. Am Montag werde im Völkerbundsrat Gelegenheit sein, diese Frage zu erörtern, bei der Deutschland auf dem Standpunkt stehe, daß es sich im Rahmen der Verträge gehalten habe.

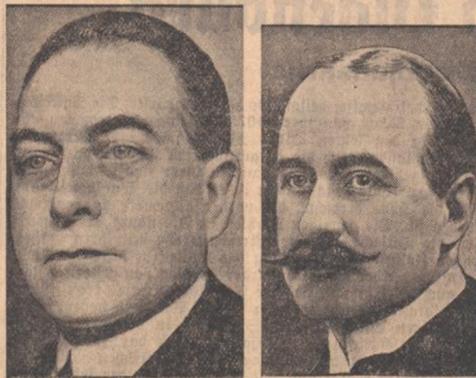
Der italienische Außenminister Grandi legt den Standpunkt seiner Regierung dar und kritisierte den französischen Gegenvorschlag in der Frage des Zollunionplanes. Internationale Industrie- und Landwirtschaftskartelle halte seine Regierung nicht für das geeignete Mittel zur Lösung der Wirtschaftskrise. Die Lösung der europäischen Krise liege nicht in einer Formel, sondern in einer Verständigung der Staaten im allgemeinen und der Interessenten untereinander.

Der französische Unterstaatssekretär Poncet erläuterte hierauf den sogenannten Wirtschaftsplan der französischen Regierung.

Dr. Schober

unterstreicht namens Oesterreichs dessen ernste Absicht, sich durch eine regionale Aktion in den europäischen Rahmen einzufügen. Oesterreich sei gegenwärtig im Begriff, mit mehreren Nachbarstaaten über Verträge zu verhandeln, die durch Kredit- und Transferleichterungen den gegenseitigen Verkehr fördern wollen. Oesterreich werde aber auch mit dem besten Willen an jedem Vorschlag einer anderen Regierung mitarbeiten. Oesterreich könne allerdings nicht mehr warten; es müsse auf positiven Verhandlungen bestehen. Das sind mir unterem Wolfe schuldig.

Der Europa-Ausschuss vertagte sich nach der Rede Dr. Schobers auf Montag.



Links: Reichsaußenminister Dr. Curtius, der als Präsident die Tagung des Völkerbunds leiten wird. Rechts: Der französische Unterstaatssekretär Poncet, Briands Vermittler. Rechts daneben: Der österreichische Außenminister Dr. Schober, der die Verhandlungen in Genf leitete.

Der französische Gegenvorschlag

Der „Wirtschaftsaufbauplan“ der französischen Regierung, der jetzt im Wortlaut und im Auszug veröffentlicht wurde, unterstreicht die Auffassung, daß das deutsch-österreichische Zollunionprotokoll, das den üblichen gewöhnlichen internationalen Verpflichtungen widerspricht, nicht geeignet sei, weder den Beteiligten noch Europa die Vorteile zu bringen, die die Urheber des Planes erwarten, und die französische Regierung sich daher veranlaßt, in Genf einen Kontraktionsplan vorzulegen, der die Möglichkeit des Scheiterns und praktischer Lösungen für die dringlichsten Probleme enthält.

Der Plan umfaßt vier Punkte:
1. Abzug der Getreide-Heberhöfe der Zentral- und osteuropäischen Länder mit Hilfe eines Präferenzsystems, mit dem sich Frankreich nunmehr im Gegenzug zu seiner früheren Haltung „vollständig einverstanden“ erklärt.

2. Auf Schaffung von Absatzmärkten für die Industrielande, die in der Hauptsache durch den Abschluß neuer internationaler Kartelle herbeigeführt werden sollen. Diese Kartelle sollten die Konkurrenz abbrechen und sich auf Kohlen, Gas, Textilien, Getreide, Mais, Woll, Zucker usw. beziehen. Dadurch glaubt der französische Gegenvorschlag eine teilweise Herabsetzung der Zollmauern erreichen zu können. Ebenso soll eine Verständigung über eine rationellere Organisation der Erzeugung auf internationaler Ebene erfolgen.

3. Auf Maßnahmen zur Behebung des Kapitalmangels. Frankreich will dabei mit Hilfe seiner Banken zur Finanzierung des landwirtschaftlichen Abbaus bei der Ausgabe großer Staatsanleihen beitragen und möchte einem Sonderorgan des Völkerbundes oder dem Finanzausschuß die Aufsicht und Überwachung eines europäischen Hilfsprogramms übertragen. Im übrigen verweist der französische Plan darauf, daß die französische Regierung alles daran lege, um den internationalen Charakter des Pariser Kapitalmarktes zu verstärken.

4. In dem Teil des Planes, der sich mit der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs befaßt, wird festgestellt, daß diejenigen Staaten, denen gegenüber Oesterreich sich jederzeit verpflichtet hätte, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren, auch die Pflicht hätten, zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen. Um Oesterreich eine wirksame Hilfe zu gewähren, erwäge man



Oben links: Grandi-Italien, oben rechts: Schober-Oesterreich. Unten links: Briand-Frankreich, unten rechts: Henderson-England.

den Gedanken von besonderen Handelsvorteilen zugunsten Oesterreichs. Die Hauptursachen dieses Landes würden ohne Ausnahme aufgehoben, durch eine gemeinsame Abmachung Oesterreich Erleichterungen zur Entlastung seines Absatzmarktes zu gewähren.

Des weiteren betont das französische Memorandum: Es sei nicht daran zu zweifeln, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs durch das Zollabkommen zu mindern gefährdet wäre. Mit der im Jahre 1919 für unerschwerlich erklärten Unabhängigkeit sei insbesondere auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit gemeint. Die Kündigungsklausel des Zollprotokolls sei nicht ernstlich gemotzt und schwer durchführbar. Das deutsch-österreichische Zollabkommen würde eine Sonderbehandlung Deutschlands darstellen und ihre damit im Widerspruch von 1922 von Oesterreich übernommenen Verpflichtungen. Es sei zu befürchten, daß so enge wirtschaftliche Bande die Bildung politischer Bindungen erleichtern und vorbereiten würde. Das gemeinsame Geich der Mitglieder des Völkerbundes ist ihre Unterwerfung unter die Verpflichtungen der Verträge. Die Unterzeichner des Protokolls vom 19. März 1931 hätten sich damit einverstanden erklärt, daß der Rat der Schiedsrichter über die Unabhängigkeit Oesterreichs sei. Es ist also Sache des Rates, zu unteruchen, ob das deutsch-österreichische Protokoll diese Unabhängigkeit gefährdet.

Deutsche Stellungnahme zum französischen Gegenvorschlag

Genf, 17. Mai. Zu dem Memorandum, das die französische Regierung durch den Generalsekretär des Völkerbundes dem Völkerbundsrat unterbreitet hat, erfährt das VTB aus Kreisen der deutschen Delegation, daß man dort von den Argumenten der französischen Delegation nicht übertrahigt ist. Sie können den Standpunkt der deutschen und der österreichischen Regierung in keiner Weise erschüttern. Was die wirtschaftlichen Argumente betrifft, so ist es bisher allgemein durchaus unbestritten, daß die Zollunion eine anerkannte Voraussetzung der Wirtschaftsbegünstigung bildet. Auf eine Stärkung des inneren Marktes ist Oesterreich umso mehr angewiesen, als sein Handel nach den Donaustaaten vor allem wegen ihrer fortschreitenden Industrialisierung und deren damit begründete Zollpolitik zurückgeht. Ob schließlich die Zollunion zu Störungen im europäischen Handelsvertragsystem führt, hängt lediglich davon ab, ob ihre Vertragspartner ihre Handelspolitik allein von politischen Motiven bestimmen lassen wollen.

Was geschieht in Rumänien?

Die königliche Zeitung veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer unter der Ueberschrift „Rumänien unter französischem Druck“ ein Telegramm ihres Botschafter Berchtolders, in dem ausgeführt wird, daß mehr denn je auf Bukarest ein französischer Druck lastet, der eine Wirtschaftsnäherung zwischen Rumänien und Deutschland hinterheben soll. Briand habe Rumänien eine Reihe wirtschaftlicher Vorschläge unterbreitet, die alle den Zweck hätten, Rumänien von dem deutsch-österreichischen Wirtschaftsblock loszureißen.

BZZ. Janiert österreichische Kreditanstalt

Genf, 16. Mai. Das Kontrollkomitee der Garantiebanken für die österreichische Wiederaufbauanleihe vom Jahre 1922 hat wiederum mit den Delegierten der österreichischen Regierung den Vorschlag der Gewährung von 150 Millionen an Schecks, die zur Sanierung der Kreditanstalt notwendig anzuordnen ist, beprochen. Das Komitee hat sich mit den Vorschlägen einverstanden erklärt. Es bereitet eine ankündigende Entscheidung mit bestimmten Modalitäten betreffend Beteiligung der Bank für internationalen Zahlungsverkehr vor.

Freistaat Baden

Landwirtschaftsbank und Staat

Staatsbürgerschaft braucht nicht in Anspruch genommen zu werden

Auf der Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank teilte Bankdirektor Kundel mit, daß die vom badischen Staat übernommene Bürgerschaft in Höhe von 900 000 M. die Fusionsverluste decken helfen sollte, nicht in Anspruch genommen werden braucht und daß der Kredit daher zurückgezahlt worden ist.

Die Badische Landwirtschaftsbank hat den Bericht über das 31. Geschäftsjahr 1930 herausgegeben. Darin wird festgestellt, daß die Fuktion der Badischen Landwirtschaftsbank durch die Zusammenfassung an Umfang bedeutend zugenommen hat. Der Stand der Sparanlagen ist von 939.449.000 M. auf 939.400.000 M. (um 7.500.000 M.) und derjenige der Einlagen auf laufende Rechnung von 939.500.000 M. auf 6.200.000 M. (um 1.000.000 M.) gestiegen. Es wird folgende Vermögenslage vorgelegt: 10 Prozent zum Jahresende — 939.26.900, 10 Prozent zur Jahresmitte — 939.26.900, 6 Prozent Dividende auf Geschäftsanteile 939.211.940.

Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden hielt in Konstanz seine Tagung ab. Präsident Keidel wies dabei auf den im verflochtenen Jahre zu erreichenden Erlös der geschlossenen Zusammenwirkens der badischen landwirtschaftlichen Landwirte hin und erklärte, daß die badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften durchaus gesunden, innerlich und äußerlich geistig beständen. Die für die Landwirtschaft wichtigste Frage sei bei der Harzkrise nur auf genossenschaftlichem Wege zu lösen. Das Hauptaugenmerk richtete der Verband auf die Heranbildung des tüchtigen genossenschaftlichen Führerpersonals. Ministerialrat Dr. Jung überbrachte die Grüße des badischen Staatspräsidenten und der badischen Regierung. Auch er unterstrich den hohen Wert des genossenschaftlichen Zusammenstufes.

Bei der Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft erstattete Direktor Wäger den Geschäftsbericht für 1930. Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung wurden einstimmig genehmigt. Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt und folgende Verwendung des Reingewinns von 200.493 M. beschlossen. 100.247 M. (50 Prozent) werden dem Reservefonds zugewiesen. 50.123 M. (25 Prozent) kommen zur Betriebsrücklage. Zur Verteilung gelangen 7 Prozent Dividende mit einem Gesamtbetrag von 46.200 M. 3925 M. werden auf neue Rechnung vorgelagert.

Aus dem Badischen Landtag. Wie wir erfahren, wird das Sparausichten dem Landtag vor seiner Vertagung Ende nächster Woche nicht mehr zugehen. Es soll nach seiner Fertigstellung den Fraktionen ausgeteilt werden, damit diese bis zur Herbsttagung ausreichend Zeit zur Bearbeitung und Stellungnahme finden. Mitte September soll der Landtag wieder zusammen treten, und dann in Verbindung mit dem Sparausichten eine allgemeine politische Aussprache erfolgen.

Zum Vorbereitungsdienst der Schulamtsbewerber wird im Amtsblatt mitgeteilt: Nach § 1 der Bekanntmachung über den Vorbereitungsdienst der Schulamtsbewerber vom 11. März 1929 (Amtsblatt Seite 45) haben die Schulamtsbewerber nach erfolgreicher Abgangsprüfung einen einjährigen Vorbereitungsdienst abzuleisten. Der Vorbereitungsdienst für alle Bewerber, welche die Abgangsprüfung für den Volksschuldienst auf Grund des Gesetzes über die Anwerbung des Schulpersonals vom 7. Juni 1910 bisher abgelegt haben, beginnt am Montag, den 18. Juni 1931.

Der Wiener Bankkrach

Kotshilds Ende

Der Zwang zur Sozialisierung.

Unter mit großen Konzernzusammenbrüchen gesegnete Zeit ist um einen Bankkrach zeternd. Das Besondere an diesem Fall ist, daß die Öffentlichkeit erst davon erfuhr, als die Sanierung bereits durchgeführt war.

Die Oesterreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien hat, wie wir bereits fura mitgeteilt, Verluste erlitten, die das Aktienkapital bedeutend überschritten. Dieses Unternehmen ist nicht nur die größte Bank Oesterreichs, sondern ist zugleich noch das wichtigste Bankunternehmen für die Nachfolgestaaten, dessen sich die Regierungen der ganzen Welt bei großen Kreditaktionen stets bedienen. Sollte nicht der oesterreichische Staat so schnell und so erfolgreich eingegriffen, der Zusammenbruch weitestgehend der oesterreichischen Wirtschaft, der Verlust jeden Kredit im Ausland wäre unermesslich gewesen.

Kotshild geht — der Staat kommt!

Das ist mehr als ein Schematismus. Wenn der Privatkapitalismus die Existenz der Gesamtwirtschaft in Gefahr gebracht hat, dann bleibt die Hilfe der vielbeschäftigten „öffentlichen Hand“ als letzte Rettung. Was aber ist geschehen? Die Oesterreichische Kreditanstalt hat nach im Vorjahre eine Dividende von 8,5 Proz. (nach 10 Proz.) auf ihr Kapital von 125 Millionen Schilling (ein Schilling = 59 Pfg.) verteilt. Nach nur wenigen Tagen wurde die Meldung verbreitet, man könne mit einer Dividende von 3 Proz. für das Geschäftsjahr 1930 rechnen — das überhörende tatsächliche Ergebnis aber lautet: 140 Millionen Schilling Verlust!

Beachtet wurde die Kreditanstalt von der Wiener Familie Kotshild, ihr Präsident war Louis Kotshild. Diese Familie wird so zum Symbol, wenn man bedenkt, daß die Wiener Kreditanstalt die Bank Kotshilds ist. Im den Namen Kotshild steht der Nimbus des unermesslichen Reichtums. In Wien, Paris und London, früher auch in Frankfurt a. M., waren die Kotshilds die führenden Finanzmächte. Die Herrlichkeit geht zu Ende. In Paris und London haben schon seit längerer Zeit die Kotshilds nicht mehr allein im Vordergrund, und nun trat sie auch in Wien das Schicksal. Die Bank ist an einem Duzend europäischer Banken und Finanzierungsanstalten beteiligt; sie besitzt Aktienportefolios von etwa 80 Industrie- und Handelsunternehmen, von denen fast die Hälfte im Ausland — hauptsächlich in den Nachfolgestaaten — ihren Sitz haben.

Wie konnte es überhaupt zum Zusammenbruch kommen? Zweifellos hatte die bisherige Verwaltung den Ueberblick über ihr rasch ausgedehntes Geschäft bis zu einem gewissen Grade verloren. Dazu kamen die Auswirkungen der Weltkrise. Schließlich ist die oesterreichische Volkswirtschaft seit den Friedensverträgen von ihrem wirtschaftlichen Hinterland, von ihren natürlichen Ablagegebieten abgetrennt, in der heutigen Isoliertheit („Selbständigkeit“) einmalig nicht lebensfähig.

Die Sanierung ist in drei Tagen durchgeführt worden:

Der Staat beteiligte sich mit 100 Millionen Schilling Kotshild und die Nationalbank (staatlich) mit je 20 Millionen Schilling. Das sind also neue Mittel in Höhe von 140 Millionen. Das alte Kapital wird um 25 Proz., d. h. also von 125 auf 94 Millionen Schilling herabgesunken, wodurch 31 Millionen frei werden; die Reserven von 40 Millionen wurden aufgelöst und von den neuen Mitteln werden 60 Millionen zur Tilgung des Verlustes verwendet. Für den anderen Teil der neuen Mittel (94 Millionen) werden neue Vorzugsaktien ausgegeben, so daß das ganze Kapital der Kreditanstalt sich nach der Sanierung auf 185 Millionen beläuft. Damit wird

Der oesterreichische Staat Garantist

der Kreditanstalt. Die nötigen Mittel sollen durch Ausgabe langfristiger Staatsanleihen aufgebracht werden. Die Annahme eines entsprechenden Ermächtigungsgesetzes durch den Nationalrat ist erfolgt.

Mit dem Erwerb der Aktienmehrheit an der Kreditanstalt wird auch die Leitung und die Kontrolle der Bank auf den Staat übergeben. Da die Kreditanstalt mit ihren großen Aktienportefolios nahezu zwei Drittel der oesterreichischen Industrie beherrscht, geminnt der Staat mit einem Schloge auch die Kontrolle über den größten Teil der Industrie.

Das ist also eine überraschende „tatte“ Sozialisierung

Merkwürdig hat die Regierung vorläufig die Abficht, die Aktienmehrheit der Kreditanstalt und damit die Kontrolle über die Industrie nur „vorübergehend“ zu behalten. Man wird es ihr auch nicht verdenken können, wenn sie abwartet, ob aus diesem Geschäft, das unter so dramatischen Umständen zustande kam, nicht neue Verluste erwachsen.

Mit Recht erklärt Friedrich Austerlitz im Anschluß an die durch den oesterreichischen Staat vorgenommene Sanierung:

Die Kreditanstalt ist heute in Oesterreich die eigentliche Industriebank. Der übernehmende Teil der oesterreichischen Industrie wird von ihr genährt, wenn auch, wie überall, auch hier Bankkredit eine kostspielige Nahrung ist. Und nun erweist sich dieser Träger des Privatkapitalismus als morisch, bricht zusammen und an seine Stelle muß der Staat treten; das ist in Wahrheit die Ablösung des Privatkapitalismus durch den Staatskapitalismus. Diejenigen, die noch immer meinen, diese Weltreise sei nur ein „Wissensfall“ und der Privatwirtschaft, der kapitalistischen Ordnung werde es gegeben sein, sie zu überwinden und sich, wie in der Wirklichkeit so in den Vorstellungen der Menschen, zu behaupten, sie haben aus diesem Bankzusammenbruch, der ein Zusammenbruch des Bankkapitalismus ist, zu entnehmen, daß die Krankheit, die die Wirtschaft der gesamten Welt hefteten hat, eine Erkrankung des Organismus geworden ist — aus der er nicht mehr heil herauskommen wird. Dem Kapitalismus als dem herrschenden und beherrschenden System des Wirtschaftens der Welt fänden bereits die Totenlotosen.



Das Gebäude der Kreditanstalt in Wien, die mit der Oesterreichischen Kreditanstalt fusionierte, und die Millionenverluste verursachte. Im Kreis: Baron Louis Kotshild, der Präsident der Bank.

Gewerkschaftliches

Der Lohnstreit in der Rheinschiffahrt

* Duisburg-Samborn. Der Arbeitgeberverband für die Rheinschiffahrt teilt mit: Der am 11. Mai von dem Schlichter für Westfalen gefällte Schiedsspruch im Lohn- und Gehaltsstreit der Rheinschiffahrt, der für das Maschinenpersonal überhaupt keine Senkung, für das übrige Personal eine solche von 4 bis 5 Prozent auf die Dauer eines Jahres vorsah, ist von den beteiligten Arbeitgeberverbänden der Rheinschiffahrt abgelehnt worden. Die Ablehnung begründen die 83 Arbeitgeberverbände damit, daß bei der von Tag zu Tag schlechter werdenden Lage der deutschen Rheinschiffahrt eine stärkere Senkung der Löhne unumgänglich notwendig sei und der Schiedsspruch keine wesentliche Entlastung bringe, zumal auch in dem früher ergangenen Schiedsspruch über den Rahmentarifvertrag nur eine kleine Erleichterung gebracht wurde. Die Arbeitnehmer haben zu dem Schiedsspruch noch nicht Stellung genommen.

Die Tarif- und Lohnbewegung im Baugewerbe

ist abgeschlossen. Die Dreistufigkeit der Arbeitgeber, denen die Entscheidung der zentralen Schiedsstelle, die einen Lohnabbau umfassen 7 und 12 Prozent vorsah, noch nicht genügt, hatte überall im Land eine scharfe Abwehrbewegung der Bauarbeiter hervorgerufen. Obwohl die Situation für sie denkbar unünstig war, verlief der Abwehrkampf nicht ohne Erfolge. Wie der Grundstein, das Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes in seiner neuesten Nummer feststellt, wurden die Schiedsprüche der zentralen Schiedsstellen zum Teil verbessert, zum mindesten jedoch zum Geleit erhoben. Auch die Lohn- und Preissteigerung der Bauarbeiter ist in fast allen Bezirken des letzten Jahres der Bauarbeitergewerkschaften in betrieblicher Weise bekämpft worden.

Der gesamte Kampf, als Ganzes gesehen, hat nach der Aufkündigung des Grundstein mit einem leidlich guten Erfolg für die Bauarbeiter abgeschlossen. Wenn mancher Bauarbeiter diese Feststellung nur mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet, so sei das verständlich, allein man müsse beachten, daß in Kriegsjahren die Macht der Gewerkschaften gehemmt sei, was die Unternehmer vielfach weit eher befallen als die Arbeiter. Rund 75 Prozent der Arbeitslosen im Baugewerbe, fast durchgängig im Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeübert, vielfach dem Hunger und der Not hemmungslos ausgeliefert und dazu keine nennenswerte Aussicht auf Verbesserung der Baukonjunktur — das alles bedeute, nüchtern betrachtet, für das Bauunternehmertum ein großes Plus. Im übrigen habe die Sache gegen die verhassten „hohen“ Bauarbeiterlöhne ihre Wirkung getan und als Drittes schloge bei den Lohn- und Tarifkämpfen für die Bauarbeiter nachteilig zu Buch die unheilvolle organisierte Zerstückelung der Bauarbeiterkraft. Das Kräftezentrum der Bauarbeiter — die 650 000 in ihren zentralen Verbänden organisierten — sei außer dem Unternehmertum und der gesamten Reaktion auch noch im Rücken von der kommunistischen KPD und dem sogenannten Industrieverband für das Baugewerbe angegriffen worden. Verschiedene Splitterorganisationen bolschewistischer Couleur hätten reichlich mitgeholfen. Nachträglich hätten sich die feindseligen Brüder im bolschewistischen Lager gegenseitig ihre Unfähigkeit und Habseligkeit vorgeworfen. Die Bauarbeiter können aus allem dem, wenn sie nüchtern denken, nur die eine Lehre ziehen: Stärkung des Bauarbeiterbundes!

KGO-Pleite

Bei den Betriebsräteahlen haben sich in diesem Jahr die Tadelfeinde der Gewerkschaften Schlappe auf Schlappe geholt. Die Betriebsräte mit den Reklamäulern haben auf Granit geblieben. Hier ein neuer Beweis: die Wahlen der Fabrikarbeiter. Von den „ältesten Siegen“ der Kommunisten, von irgendwelchen Erfolgen der Nationalsozialisten ist absolut nichts zu entdecken. Im Verlauf der Wahlen brachten die Zeitungen der Nazis und der KGO-Neue wiederholt Meldungen, die glauben machen sollten, daß sich die Arbeiterbewegung dem freien Gewerkschaften abgeben. Der Fabrikarbeiterverband kann demgegenüber jetzt folgendes vorläufiges charakteristisches Ergebnis feststellen:

Bis Ende März dieses Jahres bestanden nach der im Jahre 1930 aufgenommenen Statistik in 6228 Betrieben Betriebsräte und Oberräte; bei diesen 6228 Betrieben mit Betriebsvertretungen hat die KGO es nur in 101 Betrieben zu eigenen Listen gebracht, und dabei handelt es sich in der Mehrzahl auch noch um kleinere Betriebe. In diesen Betrieben haben die freien Gewerkschaften 552 Betriebsräte- und 619 Arbeiterratsmitglieder erhalten. In 21 Betrieben, die im Vorjahre KGO-Listen hatten, ist es in diesem Jahr nicht mehr zur Aufstellung solcher Listen gekommen. Die Arbeiter werden bereits kurziert. Eine schwache kommunistische Mehrheit im Arbeiter- rat besteht nur in 23 Betrieben. In zwei Betrieben hatte die KGO nicht einmal genügend Kandidaten; die Reststimmen fielen der freigewerkschaftlichen Liste zu.

Nach erbärmlicher erging es den Nazis und ihren Brüdern, den Stahlhelmern. Ihre Erfolge sind kaum nennenswert. Nur in 24 Betrieben haben sie insgesamt 40 Betriebsvertretungsmitglieder erhalten.

Zimmer noch Entlassungen

In den Opelwerken wurde in den letzten Tagen schon wieder eine größere Anzahl von Arbeitern entlassen. Darunter befinden sich Leute, welche erst einige Wochen im Betrieb tätig sind. Wie man hört, sollen bis zu 1100 Mann zur Entlassung kommen.

Das Schicksal der elbischen Kaligruben

Stralsburg i. E., 15. Mai. Der Landwirtschaftskommission des sachsenischen Senats ist ein Geheulermur vorgelegt worden, der das Verhältnis der Kaligruben im Elbisch endgültig regeln soll. Der Entwurf kommt zu folgenden Forderungen: 1. Die Domänenkaligruben des Elbisch unter das Regime der Aktiengesellschaften zu stellen. 2. Das Kapital der Gesellschaft in Höhe von 208 Millionen Franken zu 61 Prozent an den Staat, 12 Prozent an die drei Departements Obersachsen, Unterelbisch und Luthringen, 7 Prozent den Privatkapitalgebern und 20 Prozent an die Landwirtschaftskommission und Departements, welche den Wunsch äußern, zu verteilen, in dem Verhältnis zwei Drittel für die Landwirtschaftskommission und ein Drittel für die Departements.

Aus der Stadt Durlach

Junioszialisten, heute, Montag, 20 Uhr, im Heim Arbeitergemeinschaft. Leiterin Genossin Storz, Karlsruhe. Gäste willkommen.

Verkehrslokale der organisierten Arbeiterkraft. Unsere Partei, Gewerkschafts- und Sangesellschaften, die zu Ringeln über auch im Laufe des Sommers bei Ausflügen um Durlach berühren, wollen folgendes zu Notiz nehmen: Das Parteilokal ist die „Folkhalle“, wo auch der Sangesbund „Vormärts“ sein Lokal hat. Das Verkehrslokal der Gewerkschaften ist im „Darmstädter Hof“. Der Männergesangsverein hat sein Lokal im „Roten Löwen“. Außerdem liegt in zahlreichen Wirklichkeiten der Volksfreund auf. Es dürfte sich für unsere Genossen sehr empfehlen, sich bei ihren Einkäufen jeweils danach zu erkundigen, ob unter Parteiorgan aufsteht.

Schweinemarkt vom 16. Mai. Der Markt war befahren mit 85 Zäuferschweinen, 220 Ferkeln. Verkauf wurden 60 bzw. 190. Preis per Paar 42—48 M., bzw. 22—32 M.

Aus aller Welt

Fallschirmabstimmung aus 7400 Meter Höhe

Die Kunstfliegerin Lolo Schütz hat bei einem Flugtag in Leipzig-Mockau mit ihrem 19. Fallschirmabstimmung aus 7400 Meter Höhe ihre eigene Welthöchstleistung für Frauen um 2800 Meter, die sie im Jahre 1929 aufgestellt hat, überboten. Der Abstimmung gelang planmäßig.

Kampf zwischen Polizei und Geisteskranken

Die Frau eines 46 Jahre alten Berliner Maurers Kok rief den Schutz der Polizei an, da ihr Mann sie und ihre fünf Kinder mit einem Messer bedrohte und die Familie umbringen wollte. Als die Polizeibeamten gemäß dem in das Zimmer eindrangen, in dem sich Kok eingeschlossen hatte, stand dieser mit einem Schlägelwaffen und einem Seitengewehr auf die Beamten hinduf. Ein Schließelich gelang es, den Lebenden durch einen Schuß kampfunfähig zu machen. Bei dem Handgemenge wurden auch zwei Beamte schwer verletzt.

Kommunistischer Ueberfall auf einen Gesangsverein

Wien, 18. Mai. In Lichtenau bei Schwiebus in der Mark wurde in der Nacht zum Sonntag ein Gesangsverein in einem Lokal am Marktplatz sein Stützpunkt. Pöbellich erschienen, wie die Montagsspost meldet, kurz vor Mitternacht mehrere Autos, die voll mit Kommunisten waren. In wenigen Augenblicken bildete der laut so stille Marktplatz das Bild eines wüsten Getümmels.

Volkswirtschaft

Schieles gefährliche Zollpolitik

Der Reichsverband des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels, der zusammen mit den ihm korporativ angeschlossenen Verbänden etwa 2000 Großhandelsfirmen seines Wirtschaftszweiges umfaßt, hielt in Karlsruhe seinen Verbandstag und seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. In den Mittelpunkt der Beratungen hatte der Reichsverband Prof. Dr. Franz Schiele und der Handelspolitiker gestellt, zu denen der Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, Prof. Brandt, einen Vortrag hielt. In seinem Referat führte Prof. Brandt unter anderem aus, daß die seit einiger Zeit in der Zollpolitik für die Landwirtschaft und die gesamte deutsche Wirtschaft vorzunehmenden Änderungen haben müssen. Er prognostizierte die Fortsetzung der gegenwärtigen Zollpolitik, daß innerhalb weniger Jahre eine viel hoffnungsvollere Situation bestehen würde, als sie heute, lokal auf die kleine Zahl der Großbetriebe im Osten bezieht, vorliegt. Man dürfe sich dann nicht wundern, wenn eine ungesättigte Milliarden erfordernde Weltbilanz aufwache. Die demokratische Bewegung der Landwirtschaft vom Weltmarkt her würde schon heute eine Verdrängung der deutschen Bevölkerung mit ca. 3—4 Millionen RR.

Don Gläubigerperforomung der Deutschen Ausversicherung fand in Stuttgart statt, zu der auch Angestellte des Unternehmens erschienen waren. Kennzeichnend für die Betriebsführung waren die Mittelungen des Betriebsratsvorsitzenden, wonach ein Direktor nicht nur 48 000 Mark Gehalt, sondern daneben auch noch Vertrauensposten und 2 Prozent von der Höhe der eingehenden Prämien beträge oder Versicherungsprämien erhielt. Bei seinem Ausscheiden erhielt er eine Verabschiedung von 140 000 Mark. Ein später befehlter Vertreter dieses Herrn erhielt die Hälfte der Prämie seines Vorgängers und eine Jahresvergütung von 1 Prozent der Prämien, „Nachdem“ (1) 90 000 Mark. An den Aufsichtsrat wurden im letzten Geschäftsjahr 15 000 Mark Lohnteile verteilt. Auf der anderen Seite aber wurden die Angestellten unter Tarif bezahlt und sind jetzt ganz besonders über daran. Die Wollins betragen 7,96 Millionen, denen 1,17 Millionen Kriva gegenüberstehen. Die Lebenshaltung der Genossenschaft beträgt also 6,79 Millionen Mark, ist mithin so hoch, daß aus dem Markte nicht einmal die bevorstehenden Forderungen der Angestellten befriedigt werden können.

Zurücktreten der landwirtschaftlichen Einheitssteuer

Der Reichsminister der Finanzen hat die in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 vorsehende landwirtschaftliche Einheitssteuer bereits für das Rechnungsjahr 1931 in Kraft gesetzt. Infolgedessen ändern sich die Einkommenssteuererhöhungen der Landwirte mit Wirkung vom 15. Mai ds. Js. ab.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Ede Kriegs- und Vorstraße wurde ein Radfahrer von einem Personentransportwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Er trug außer verschiedenen leichten Verletzungen eine Gehirnerschütterung davon, die ärztliche Hilfe erforderte. Der Kraftfahrer, der nach dem Unfall schleunigst davonfuhr, konnte noch nicht ermittelt werden.

Am gestrigen Sonntag ereigneten sich außerdem 10 leichtere Verkehrsunfälle, die zum großen Teil darauf zurückzuführen sind, daß einzelne Wegedemmer es unterließen, die Aenderungen ihrer bisher verfolgten Fahrtrichtung rechtzeitig anzudeuten.

Fahrrad Diebstähle

Von bis jetzt noch unbekanntem Tätern wurden gestern drei Fahrräder entwendet. Zwei Fahrräder, deren Eigentümer nicht bekannt sind, wurden als gefunden bei der Polizei abgegeben.

Einbruch

In der Nacht zum Sonntag wurde in der Hofstadt ein Verkaufsbüchsen erbrochen und daraus Genußmittel im Wert von etwa 150 M. entwendet. Der Täter, der beim Erscheinen eines Nachtwächters flüchtig ging, ist noch nicht ermittelt.

Küppurr

Parteiversammlung. In der am 14. Mai im „Jäger Löwe“ abgehaltenen Parteiversammlung hatte sich der Gen. Rau als Redner zur Verfügung gestellt. Er behandelte das Thema: „Führt der Weg über die Genossenschaft zum Sozialismus?“. Der Redner vertrat es in ausgesprochen klarer, ein Bild von der Entwicklung der Genossenschaften und ihrer Entwicklung zu geben. Leider ist die Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Organisationen noch nicht soweit, daß sie vom Privatkapitalismus völlig unabhängig sind. Diese Unabhängigkeit zu erreichen, ist aber nächstes Ziel der genossenschaftlichen Bewegungen. Ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit aller auf sozialistischer Basis fundierten Genossenschaften vom Privatkapitalismus erreicht, so ist der Hauptweg zur allgemeinen Sozialisierung beschritten und der Sieg des Sozialismus ist nicht mehr fern. Ein von der Werbeabteilung der Volksfront hergestellter Film unterstützte die Ausführungen des Redners und verteilte sie. Den Abschluß der Veranstaltung bildeten herrliche Naturaufnahmen, die wie leider nur im Film, und nicht an Ort und Stelle selbst genossen konnten.

Gemeindepolitik

Bürgermeisterwahl in Grünwettersbach

Bei der Bürgermeisterwahl in Grünwettersbach wurde Genosse Altbürgermeister Lehmann mit 535 von 761 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, Gemeinderat Kraus, brachte es auf 184 und Gemeinderat Fricke auf 42 Stimmen. Wahlberechtigt waren 838.

Wir begrüßwünschen dem verdienten Bürgermeister zu seiner Wiederwahl!

Aus dem Gerichtssaal

Der Zusammenbruch der Heidelberger Wohnungsbau GmbH.

Heidelberg, 13. Mai. Für Ende Juni dürfte mit dem Prozeßbeginn in Sachen des Zusammenbruchs der Heidelberger Wohnungsbau G.m.b.H. zu rechnen sein. Die Anklagefrist ist bereits verstrichen und umfaßt über 60 Seiten. Die Anklage richtet sich gegen den Rechtsanwalt Ludwig Müller, der am Gesellschaftskapital mit 70 Prozent beteiligt war, ferner gegen den zweiten Geschäftsführer Alfred Goldschmidt (der erste Geschäftsführer und Direktor Paul Müller ist nach der Schweiz geflüchtet) und lautet auf Untreue, Betrug und eine Reihe Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz. Der Fall ereignete im September vor. J., als die Verhaftung der beiden Erkenntenen bekannt wurde, großes Aufsehen. Die Wohnungsbau G.m.b.H. hatte damals ihre Zahlungen einstellen müssen. Es ergab sich, daß das Institut der Armenfürsorge in Soest um etwa 2 Millionen Mark geschädigt worden war. Ueber die Wohnungsbau G.m.b.H. wurde dann der Konkurs verhängt und beim Prüfungstermin wurde eine Unterbilanz von über 1,8 Millionen Mark festgestellt. Der Verlust der Schuldscheine entstand aus einem Bauvertrag mit der Wohnungsbau G.m.b.H. über die Errichtung eines Krankenhauses in Ludwigsbühl, das im Juni 1930 in Betrieb genommen wurde und auf 4,8 Millionen Mark zu stehen kam, während der Bauaufwand ursprünglich auf 2,5 Millionen Mark veranschlagt worden war. Ludwig Müller ließ sich von dem Prior der Speyerer Schwestern Krankenkasse von 1,8 Mill. Mark unterschreiben, verwandte diese aber unerlaubterweise dazu, die hierdurch flüssig gewordenen Gelder in zweifelhafte Unternehmungen und ausschließliche Gründungen zu stecken. Die Wohnungsbau G.m.b.H. wurde im Juni 1928 mit 20 000 Mark Gesellschaftskapital gegründet, woran Ludwig Müller mit 14 000 Mark beteiligt war. Die von ihm vorgelegte Kassenquittung über 10 000 Mark Anschaffung soll nun aber gefälscht sein.

Man hatte Millionenobjekte im Auge, die auf einer günstig ungelassenen Basis standen. Dazu gehörten angebliche Verhandlungen mit der Türkei über Hafenbauten in Höhe von 8 Millionen Mark. Ein Krankenhausbau in Riga, die Absicht, auf den Wäldern bei Ziegelhausen einige hundert Häuser zu erstellen, und die Vergabe von 654 000 Mark an die Babocomo-Amsterdam zu spekulativen Zwecken. Diese 654 000 Mark sind verloren. Ein Rittergutsbesitzer in der Nähe Mühlens erhielt für eine zweifelhafte Prognose 250 000 Mark. Mindestens 230 000 Mark haben als verloren zu gelten. In eine Filmproduktion (Remo-Film G.m.b.H.-Berlin) hatte Müller 7 000 Mark in bar und 45 000 Mark in Gestalt eines von der Wohnungsbau G.m.b.H. ausgestellten, von den Armenfürsorgeschwestern akzeptierten Wechsels eingeschlagen. Auch dieses Geld ist verloren. Ebenso fallierte die im Jahre 1928 in Berlin gegründete Allgem. Gemeinnützige Wohnungsbau- und Mietergenossenschaft, deren einzige Gläubigerin die Heidelberger Wohnungsbau G.m.b.H. war. Vom Konkursverwalter wurde festgestellt, daß bereits Ende 1928 eine Unterbilanz von über 140 000 Mark vorhanden war. Es hätte also schon damals der Konkurs angemeldet werden müssen. Zum Prüfungstermin wurden 3 188 551 Mark Forderungen einschließlich der bevorrechtigten angemeldet. Die Zahlungsmittelverhältnisse begannen, als der Prior der Armenfürsorgeschwestern mißtrauisch geworden war und seine Wechsel mehr unterschrieb. Die Unterschreibung der Blankowechsel war nur durch falsche hochtrabende Vorprognosen erreicht worden.

Kleine badische Chronik

Das rasende Motorrad

Gutsch, Amt Wollsch, 15. Mai. In der gefährlichen Kurve bei der Hornsgrinde fiel gestern Abend nach 9 Uhr der 23 Jahre alte Zimmermann Christian Baumann von hier mit einem Lastwagen aus Karlsruhe zusammen und blieb mit einem schweren Schädelbruch liegen, wo er hoffnungslos darniederlag. Nach der Art der Verletzung zu schließen, ist Baumann in der Kurve mit seinem Motorrad auf den Anhängerwagen des Lastautos aufzufahren.

Durch Starkstrom getötet

Waldbirch, 16. Mai. Gestern Abend war der 71 Jahre alte Hainerbauer Fritz Kaltenbach damit beschäftigt, ein Gerüst zur Ausbesserung des Daches aufzurichten. Dabei kam er mit einer Gerüstklatze an die elektrische Licht- und Kraftanlage und wurde durch einen elektrischen Schlag von der Leiter zu Boden geschleudert, wo er tot liegen blieb.

Von der Laderampe geflücht und getötet

Freiburg i. Br., 16. Mai. Auf dem Gelände des Güterbahnhofes Freiburg wurde heute Morgen gegen 6 Uhr bei der großen Verladerrampe der Straßenbahninspektor Seidinger aus Emmendingen tot aufgefunden. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß Seidinger der verunglückte auf dem Gelände des Güterbahnhofes zu tun hatte, von der Verladerrampe herabgestürzt ist und mit einem Loch in der Schläfe tot liegen blieb.

300 Sprengkapseln gestohlen

Ettlingen, 16. Mai. Ein Aufsehen erregender Diebstahl ist gestern in einem hiesigen Steinbruch verübt worden. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei haben mehrere Täter 300 Sprengkapseln entwendet und fortgeschleppt. Sogleich nach Bekanntwerden der Tat wurde die Karlsruhe'ische Polizei verständigt, um die notwendigen Ermittlungen anzunehmen. Eine große Zahl von Beamten sind seit gestern unterbrochen bemüht, den Diebstahl aufzuklären. Es haben auch bereits einige Hausdurchsuchungen stattgefunden, ohne daß dies allerdings von Erfolg begleitet waren. Das entwendete Sprengmaterial genügt, um unübersehbares Unheil anzurichten. Inged welche positiven Verdachtsmomente liegen im Augenblick noch nicht vor.

Unterrombach, 17. Mai (Eig. Meld.). Der ledige Landwirt Johann Müller wurde im Walde erhängt aufgefunden. Müller hat ein Alter von 69 Jahren erreicht. Er war ein fleißiger und in der Gemeinde allgemein geachteter und beliebter Bürger. Die Ursache zu der unglücklichen Tat soll in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Heidelberg. In gestohlenen Zustand sprang in der Hauptstraße ein Kräulein vom zweiten Stock auf die Straße. Die Verunglückte wurde in schwer verletztem Zustande ins Krankenhaus verbracht.

Heidelberg. Zu einer schweren Schlägerei kam es Freitag Abend im hiesigen Pfaffengrund zwischen zwei Anwohnern. Ein zu Hilfe gerufener Polizeibeamter, der mit dem Meißel bedroht wurde, ließ sich gezwungen zur Schußwaffe zu greifen. Er feuerte ab und verletzte einen Mann, der an der Schlägerei beteiligt war, lebensgefährlich. Der Verletzte namens Reibel mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Kirchardt. Bei einem Kaufhändel zweier Büchsen griff der eine zum Meißel und verletzte seinen Gegner durch einen Stich in den Rücken. Da der Stoß durch die Kleider aufgefangen wurde, war die Wunde glücklicherweise nicht erheblich.

Kuppen (Nied.). Bei Aufbaumungsarbeiten in seiner Scheune fiel der in Talheim wohnende Badischfischer Albert Rager so unglücklich herab, daß er mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus verbracht werden mußte, wo er kurz darauf starb.

Schweigen. Hier werden seit einiger Zeit erfolgreiche Versuche mit elektrischer Spargelbrennung unternommen. Elektrische Ströme werden in das Erdreich geführt, um durch Erwärmung das Wachstum der Pflanzen zu beschleunigen und anzuregen. Auch zur Schädlingsbekämpfung soll der elektrische Strom für die Spargelbrennung bereits erfolgreich angewendet worden sein.

Spyingen. Die Dampfseilerei der Gebrüder Gern wurde durch Großfeuer bis auf das Büro und den Maschinenraum vollkommen eingeeicht und dadurch ein Schaden verursacht, der in die Tausende geht. Leider sind die Besitzer nicht voll versichert und durch die jetzt ihnen aufgemungene Arbeitslosigkeit doppelt geschädigt. Die Entschädigung des Brandes ist noch nicht geklärt, teilweise wird Brandversicherung angenommen. Bei der Befürsichtigung des Brandes leistete die Freiwill. Feuerwehr Hervorragendes, doch kam ihr zu gut, daß das Werk ziemlich isoliert gelegen ist.

Waldbrunn. Am Himmelstortsaal fuhr ein mit zwei Personen besetztes Motorrad von Adelsheim am hiesigen Bahnhof auf die geschlossenen Schranken auf, so daß die beiden Fahrer stürzten und im hiesigen Krankenhaus verbunden werden mußten.

Waldbrunn. Große Aufregung verursachte in unserer Gemeinde die Nachricht, daß der hier tätige Postagent Schmidt in einem Unfall von geistiger Ummachung bei Einsheim in die Eisenbahn gestürzt und auch ertrunken war. Schmidt, der ein Alter von nur 58 Jahren erreichte, war im Krieg durch einen Kopfschuß verletzt worden und litt seit dieser Zeit an Anfällen, die sein Bewußtsein trübten.

Well a. Rh. Hier wurde ein Mann in Schutzhaft genommen, der vor einigen Tagen eine Erbschaft von einigen tausend Mark gemacht hatte und darüber offenbar aus dem Konzept geraten ist. Er warf sein Geld auf der Straße herum und auch in ein Senfloch, öffnete dieses dann und holte den Eimer mit samt seinem Geld heraus.

Konstanz. Die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten wird in dem neuen Wohnquartier der Elsäßer Straße weitere 24 Wohnungen in der Größe von je 2 1/2 Zimmer erstellen. Das Bauvorhaben wird von der Stadt in der üblichen Weise gefördert.

Konstanz. Im Arbeitsamtsbezirk Konstanz sind am 12. Mai 2546 männliche und 418 weibliche Arbeitslose unterstellt worden; davon entfallen gemäß 994 auf die Stadt Konstanz. Zu den Arbeitslosen zählen des Amtesbezirks kommen noch 982 unterstellte Kurzarbeiter. Gegenüber der Vorwoche sind es 130 Ganzarbeitslose mehr als in der Vorwoche, gegenüber dem Vorjahr sind es 1667 mehr; in Konstanz allein sind es 69 mehr. Die Arbeitslosigkeit nimmt also, nachdem nur wenige Wochen eine Abnahme zu verzeichnen war, jetzt schon wieder zu.

Termine für die Obstbaumprüfung. Die Hauptstelle für Pflanzenzüchtung am Badischen Weinbauinstitut gibt folgenden bekannt: Die Apfelbäume sind sogleich nach der Beendigung der Blüte zu prüfen; die Sorbus wird nach zwei bis drei Wochen wiederholt. Diese zwei Nachprüfungen sind die wichtigsten Maßnahmen zur Erzielung sauberer und gesunder Früchte; sie sollten überall dort

durchgeführt werden, wo auf gute Qualität des Obstes Wert gelegt wird. Etwa zu gleicher Zeit ist die zweite Nachblüteprüfung bei Pfäfen, Zwetschen und Mirabellen vorzunehmen (gegen bis zwölf Tage nach der ersten Nachblüteprüfung). Mit ihr bekämpft man die Pflanzenkrankheiten und schützt das Laub der Bäume vor Schädlichkeitsanfängen, Spinnmilben und Käufen. Nähere Anweisung über die zu verwendenden Spritzröhren erteilt die Hauptstelle für Pflanzenzüchtung am Badischen Weinbauinstitut, Freiburg i. Br.

Gesundheitsschädliche prototypische Scherartikel. Prototypische Scherartikel, die unter Bezeichnungen wie Raubauflagen, Spanische Feuerwerk und dergleichen in den Verkehr kommen, enthalten zur Erreichung einer größeren Empfindlichkeit gegen Schlag, Reibung und sonstige Art der Entzündung erhebliche Mengen weissen oder gelben Phosphors. Diese Arten von Phosphor sind starke Gifte. Wegen der gesundheitlichen Gefahren muß daher dringend davor gewarnt werden, Feuerwerk der genannten Art Kindern zugänglich zu machen.

Verbandsrat der badischen Glasermeister. Die Delegierten aus ganz Baden trafen sich am Sonntag in Mannheim zur 13. Verbandstagung der badischen Glasermeister. Glaser-Obermeister Ferdinand Lang Karlsruher eröffnete den Verbandstag, zu dem 244 Delegierte und viele Gäste erschienen waren. Nach Erledigung der Regularien, Genehmigung des Kassens- und Geschäftsberichts, eines Sonderberichts Dr. Bierzath-Berlin in längerer Ausführungen auf die Beziehungen zwischen der heutigen Wirtschaftskrise und dem Handwerk ein. Die feuerliche Belastung drückt das Handwerk außerordentlich nieder, fast 64 Prozent der Handwerker verlieren heute ein Einkommen, das unter 1500 M. jährlich liegt. Der Redner forderte gerechte Steuererleichterung, eine ehrliche und sparsame Verwaltung, sowie Aufrechterhaltung der Individualwirtschaft. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde Abschaffung der Gebäudesteuer gefordert. Zum nächsten Tagungsort wurde Freiburg i. Br. gewählt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Angenommen wurde auch ein Antrag der Glasermeister Heidelberg, der fordert, daß Vergütungen nur durch Glasermeister, nicht durch Schreiner oder Schlosser durchzuführen werden dürfen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Gestern nachmittag ist von Nordwesten Kaltluft in unser Gebiet eingedrungen und hat Abkühlung und in einigen Orten Regenschauer verursacht. Zu Gewitterbildungen ist es nicht gekommen. Von Westen her naht ein neues Tief, dessen Vorderseite uns Aufhellung bringt. Bis morgen ist daher wieder mit Erwärmung zu rechnen. Der allgemeine Witterungscharakter ist veränderlich. Voraussichtliche Witterung für Dienstag, 19. Mai: Zeitweise heiter, trocken, wärmer bei südlichen Winden.

Wasserstand des Rheins

Basel 137, Waldshut 332, Schutterinsel 208, Rehl 330, Nagau 504, Mannheim 421 Zentimeter.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Hauptversammlung im „Elefanten“

Mittwoch, 20. Mai, 20 Uhr, im Lokal „Zum Elefanten“, Kaiserstraße 42

Hauptversammlung.

Tagesordnung: „Gemeinliche Selbstverwaltung oder Diktatur“. Referent: Gen. Stadtrat Fr. Lippert.

Die Genossinnen und Genossen werden um zahlreiches und pünktliches Besuch ersucht, denn die Vorschläge auf dem Reichstag anläßlich der Vorschlagsberatung sind dazu ansetzt, einen mündlichen Bericht darüber zu hören.

Sozialistische Studentengruppe

Kommenden Dienstag, 19. Mai, abends 8 Uhr, Gartenstraße 25 (Erdgeschoss) spricht Genosse Harrer und Stadtrat Heinz Kapas (Karlsruhe) über das Thema: „Marxismus oder Nationalsozialismus“. Zu diesem Vortrage sind auch Gäste willkommen.

Arbeiterwohlfahrt

Die Genossinnen aller Bezirke werden auf heute Montag abends 8 Uhr zu einer wichtigen Besprechung in unsere Räume, Karl-Friedrich-Straße 22, 3. St., gebeten.

Bezirk Küppurr

Montag, 18. Mai, 20.30 Uhr, wichtige Ausschubstunde bei Gen. Kraus, Trismweg 9. Vollständig erscheinen!

Erwerbslose Jugend und Sozialdemokratie

Gen. Reichstagsabg. Marxum spricht am Dienstag, 19. Mai, in der Gehelshule, Hanbarbeitsaal. Gewerkschaftsjugend! Sportjugend! Erhebt in Massen!

Dereinsanzeiger

Karlsruhe. Sozialistische Studenten. Die Versammlung findet am Dienstag 19. d. M., 20 Uhr, im Versammlungssaal, Gartenstraße 25 (Erdgeschoss, Haus des B.M.), statt. Gen. Harrer und Stadtrat Kapas sprechen über das Thema: „Marxismus — oder Nationalsozialismus?“ Eintritt frei. 4057

Chefredakteur: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Volpert, Friedrich Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Regie Nachrichten: E. Straßmann, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Neuland. Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Stiefele. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Krüger. Schmittsche Wohnstadt in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei: Volksfreund und G.m.b.H. Karlsruhe

Alle Achtung...

Es macht der deutsche Sanftmut alle Ehre, daß sie das wirklich Gute und Preiswerte mit unerschütterlicher Sicherheit erkennt, denn das ist gar nicht so leicht. Von allen Seiten drängen die Anfeindungen dröhnend auf sie ein: Preissteigerung, unerhörte Willkür, noch nie dagewesene niedrige Preise. Daß die moderne Frau sich aber kein A für ein U vormachen läßt und neben Preiswürdigkeit auch auf Qualität achtet, daß der ungewohnte Erfolg der neuen Margarine Sanfta angeht. Jeder Sanftkann ist binnen kurzem Sanfta wohlvertraut geworden, da sie nicht nur zerknackt im Preise ist, sondern selbst die Ansprüche des verwöhnten Geschmackes erfüllt.

Gesunde weiße Zähne: Chlorodont Zahnpaste

Tube 54 Pf. und 90 Pf.

